

- Punkt 10 K13, Ausbau OD Hornbach, 2. BA;
hier: Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 16-1308
- Punkt 11 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 11.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Informationsvorlage über Umschuldung eines Kredites
der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch Aufnahme eines
Forwarddarlehens
Vorlage: 16-1303
- Punkt 11.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Nachzureichende Beantwortung der Frage aus der letzten
Sitzung betreffend Produkt 1300 (Fleischhygiene)

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

Ausschussmitglieder:

Dörr, Ilona CDU
Kunkel, Joachim CDU
Metzger, Gisela CDU
Roeder, Oliver CDU
Fiedler, Josef SPD
Hartmann, Karin SPD
Kaltwasser, Jürgen SPD
Wingerter, Sven SPD in Vertretung für Gerhard Herbert
Ruoff, Jochen GRÜNE
Dr. Greif, Martin FWG
von Hunnius, Roland FDP kurzzeitig bei TOP 4 Vorsitz

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo REP (bis TOP 4)

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias CDU Landrat
Metz, Thomas CDU Erster Kreisbeigeordneter (bis TOP 4)
Knapp, Kurt CDU Kreisbeigeordneter (bis TOP 3)

Gäste:

Griesbach, Christian beide Beratungsbüro Rödl & Partner GbR, Nürnberg
Seitz, Thomas (bis TOP 2)

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Brück, Tobias	Finanz- und Rechnungswesen
Herz, Susanne	Frauenbeauftragte (bis TOP 8)
Renner, Erich	Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld (bis TOP 3)
Burelbach, Rainer	Eigenbetrieb Neue Wege (bis TOP 3)
Vinzenz, Werner	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis TOP 6)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Schneider eröffnete um 08:00 Uhr die 16-026. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Gäste von Beratungsbüro Rödl & Partner GbR, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlte der Fraktionsvertreter mit beratender Stimme der Fraktion DIE LINKE, Jürgen Jojade.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben. Der Erweiterung der Tagesordnung um die mit Post vom 11. März 2009 nachgereichte Vorlage 16-1308 betreffend "K13, Ausbau OD Hornbach, 2. BA; Überplanmäßige Ausgabe" stimmte der Ausschuss einmütig zu (siehe TOP 10). Die Formulierung von Tagesordnungspunkt 1 wurde von Vorsitzendem Schneider modifiziert mit Hinweis auf die erforderliche Neuwahl nur einer bzw. eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Neuwahl einer/s stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Als Nachfolger für die ausgeschiedene stellvertretende Vorsitzende Ingrid Berbner wurde Abgeordneter Dr. Martin Greif (FWG) vorgeschlagen.

In offener Abstimmung (Einwände dagegen gab es keine) wählte der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss Abgeordneten Dr. Martin Greif einstimmig zu einem neuen stellvertretenden Vorsitzenden.

Abgeordneter Dr. Greif nahm die Wahl an.

**Punkt 2: Evaluation Teilhaushalt 03 - Soziales
- Abschlussbericht und Umsetzung von Maßnahmen im Sozialbereich
Vorlage: 16-1279**

Herr Griesbach erläuterte unterlegt durch eine Folienpräsentation die Vorgehensweise und Projektschritte bei der Evaluation des Sozialhaushalts und zeigte Ansatzpunkte für bereichs-

spezifische und -übergreifende Optimierungen in den untersuchten Organisationseinheiten Eigenbetrieb Neue Wege, Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld sowie dem Sachgebiet Betreuung im Ausländer- und Migrationsamt auf.

Hierzu ergänzte Erster Kreisbeigeordneter Metz, dass als Zeitrahmen für die Umsetzung von Maßnahmen im Sozialbereich der Zeitraum bis Ende 2010 vorgesehen sei und dass in Abweichung zum Vorschlag des Beratungsbüros Rödl & Partner GbR die Erfolgsmessung für den Eigenbetrieb Neue Wege relativ und konjunkturunabhängig festgelegt werden solle (Verbesserung der Arbeitslosenquote im Bereich SGB II von aktuell 0,7 Prozentpunkte auf 0,9 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt). Im Bereich des Amtes für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld sei beim Umsetzungskonzept der Fokus verstärkt auf die Gestaltung seiner Aufgaben gerichtet (Ausweitung sozialer Hilfen, Stärkung der Sozialräumlichkeit, vermehrte Abschlüsse von Budgetvereinbarungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte, Förderung und Ausbau der Altenhilfe).

Erster Kreisbeigeordneter Metz beantwortete sodann die drei noch offenen Fragen aus dem in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 11. März 2009 von Abgeordnetem Apfel vorgelegten Fragenkatalog zum Abschlussbericht von Rödl & Partner.

Bei der anschließenden Aussprache über die Evaluation des Sozialhaushalts und das Umsetzungskonzept für Optimierungsmaßnahmen im Sozialbereich wurden insbesondere folgende Aspekte thematisiert, zu denen Erster Kreisbeigeordneter Metz und Herr Griesbach Auskünfte gaben und Stellung nahmen:

- Verfahrensweise der Auftragserteilung an Rödl & Partner GbR
- Fehlen einer Aufgabenkritik und Überprüfung von Leistungsstandards bei der Untersuchung
- mögliche Vorteile und Nachteile der Rechtsform "Anstalt öffentlichen Rechts" gegenüber einem Eigenbetrieb
- fehlende Einbeziehung der Politik bei der Entwicklung des Umsetzungskonzepts
- Selbstverpflichtung und Einbindung der Kreisgremien bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen (Erster Kreisbeigeordneter Metz lud die Fraktionen zur aktiven Begleitung des Umsetzungsprozesses ein)
- Übertragbarkeit des Regionalisierungskonzeptes des Jugendamtes auf den Sozialbereich
- Probleme bei der Mitarbeitermotivation und mögliche Maßnahmen für Motivationssteigerungen
- Verwendungs-/Veräußerungsmöglichkeit des Schimbacher Hofes in Birkenau
- Bedarf für ein zentrales Forderungsmanagement

Es gab keine Änderungsvorschläge oder Anträge im Rahmen der Aussprache. Entsprechend dem Beschlussvorschlag fasste der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgenden

Abgeordneter Kaltwasser konstatierte nicht nur für den Kreis, sondern auch für die Kommunen positive finanzielle Effekte durch das Sonderinvestitionsprogramm, da durch das Vorziehen von Investitionsmaßnahmen im Schulbereich in zukünftigen Jahren eine Senkung der Schulumlage zu erwarten sei.

Landrat Wilkes beantwortete Fragen aus dem Ausschuss bezüglich einer Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung und des Konsolidierungskonzeptes in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium (ca. Sommer 2009), der Änderung der Vergaberichtlinien (voraussichtliche Beschlussfassung des Kreistages hierzu in der Sitzung am 11. Mai 2009), einer vorgezogenen Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes 2009 (nicht vorgesehen) und der Ausweitung des Programms "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" (Bewerbung weiterer Grundschulen möglich).

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die Umsetzung des Sonderinvestitionsprogrammes des Landes Hessen im Kreis Bergstraße wie in der Vorlage und der Anlage zur Vorlage dargestellt und stimmt den hierzu erforderlichen Kreditaufnahmen bei der LTH-Bank zu.

Gleichzeitig bewilligt er die entsprechenden außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushalt des Kreises und des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße gemäß § 114g HGO.

Ferner beschließt der Kreistag, die Vergaberichtlinien des Kreises den Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Unabhängig von dieser Beschlussfassung wird die Verwaltung beauftragt, die Maßnahmen dieses Programms in einem im laufenden Haushaltsjahr aufzustellenden Nachtragshaushalt zu veranschlagen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6:

**Übernahme einer Ausfallbürgschaft gegenüber der Hospiz-Stiftung-Bergstraße für den Hospiz-Verein Bergstraße e.V.
Vorlage: 16-1296**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt der Übernahme einer Bürgschaft (Ausfallbürgschaft) gegenüber der Hospiz-Stiftung-Bergstraße in Höhe von maximal 400 TEUR zur Absicherung der Beleihung des Grundstocksvermögens für den Neubau des Stationären-Hospizes-Bergstraße durch den Hospiz-Verein Bergstraße e.V. zu.

Die Bürgschaft ist:

1. auf eine angemessene Laufzeit zu begrenzen, die sich an dem für diese Summe üblichen Tilgungsverlauf orientiert,
2. durch Eintragung einer Grundschuld im Rang mindestens nach dem finanzierenden Kreditinstitut zu besichern; es ist zu prüfen, ob weitere Grundschuldeintragungen erfolgen,
3. erst auf Nachweis einer Eigenkapitalquote von mindestens 50 % zu übernehmen,
4. nach der Vorlage eines Finanzierungsplans, der die weiteren an der Finanzierung beteiligten Akteure berücksichtigt und durch die Kreisverwaltung geprüft wurde, durch den Kreistag abschließend zu beschließen. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen voraussichtlich 2.700 TEUR. Zuvor soll eine Absichtserklärung gegenüber dem Hospiz-Verein Bergstraße e.V. abgegeben werden,
5. nach Maßgabe des EU-Rechts, auf 80% des Kreditbetrages für alle öffentlichen Bürgschaften zusammen zu begrenzen,
6. mit einer jährlichen Gebühr von 0,3 % des Bürgschaftsbetrags zu verzinsen.

Der Kreistag bestätigt das erhebliche öffentliche Interesse der Maßnahme."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 7:

Durchführung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG)

- 1. Berichterstattung gem. § 6 Abs. 6 HGIG**
- 2. Festlegung neuer Zielvorgaben für den Zeitraum
01.01.2009 bis 31.12.2010
Vorlage: 16-1295**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss nimmt von der Berichterstattung über den Dritten Frauenförderplan Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von der Berichterstattung über den Dritten Frauenförderplan Kenntnis und beschließt die Zielvorgaben für den Zeitraum 01.01.2009 bis 31.12.2010."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 8: **Bildung eines gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirkes der Gemeinden Biblis und Groß-Rohrheim gemäß § 84 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)
Vorlage: 16-1274**

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Bildung eines gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirkes der Gemeinden Biblis und Groß-Rohrheim mit Sitz in Biblis zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 9: **Kreditportfoliomanagement
- Bericht über Maßnahmen zur Zinssicherung und
-optimierung im Jahr 2008
Vorlage: 16-1275**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 16-1275 Kenntnis genommen.

Punkt 10: **K13, Ausbau OD Hornbach, 2. BA;
hier: Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 16-1308**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt eine Überplanmäßige Ausgabe bei dem Produkt 5090, Kreisstraßen, Sachkonto 0960010, Kostenstelle 2211, Maßnahme "K13, Ausbau der OD Hornbach, 2. BA", 2008INV010, in Höhe von 75.000,-- € gemäß § 114g HGO i.V.m. § 52 HKO."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

